

Der Druck aufs Portemonnaie war zu gross

Nach dem Nein zum CO₂-Gesetz ist für die meisten grossen Kantonalparteien klar: Viele Bürgerinnen und Bürger lehnten es ab, weil sie die persönlichen finanziellen Folgen fürchteten. Uneinig sind sich die Parteien darüber, wie es weitergehen soll.

Isabel Heusser

Das CO₂-Gesetz ist an der Urne gescheitert – und das, obwohl sich alle grossen nationalen Parteien ausser der SVP dafür ausgesprochen hatten. Einen Tag nach der Abstimmung gab es bei der FDP einen Knall: Parteipräsidentin Petra Gössi hat überraschend in einer Videobotschaft ihren Rücktritt bekannt gegeben. Sie begründete ihren Entscheid damit, sich auf ihre berufliche Karriere konzentrieren zu wollen (siehe auch Seiten 2 und 3). Das Nein zum CO₂-Gesetz, für das sich die FDP Schweiz starkgemacht hatte, erwähnte sie nur am Rande. Doch unter Gössi hatte die FDP einen umstrittenen Kurswechsel Richtung grün vollzogen. «Sie hat es nicht geschafft, die Wählerbasis zu vereinen», sagt der Schaffhauser FDP-Kantonalpräsident Urs Wohlgemuth dazu. Gerade für das CO₂-Gesetz habe sie sich stark eingesetzt und sei nun damit gescheitert. Er lobt aber ihr Engagement für die Partei. «Sie hat einen Anfang gemacht, den nun jemand anderes weiterführen muss.»

Die Schaffhauser FDP-Sektion hatte sich für das CO₂-Gesetz ausgesprochen, doch es habe im Vorfeld intensive Diskussionen gegeben, sagt Wohlgemuth. Er bedauert das Nein. Als Unternehmer habe er die klaren Vorgaben, an denen man sich hätte orientieren können, begrüsst. Er sagt aber auch: «Massnahmen wie ein höherer Benzinpreis und teurere Flugtickets sind Eingriffe in die freiheitliche Denkstruktur.» Geärgert habe er sich über die «Angstmacherei» der SVP in Bezug auf die Benzinpreise. «Das Benzin ist schon vor Monaten teurer geworden, und keinen hat interessiert.»

«Nicht übers Ziel hinausschiessen»

Wohlgemuth würde es begrüssen, wenn der Fokus stärker auf Innovation und Energiesicherheit gelegt würde. Nun seien die Grünen gefordert, eine nachhaltige und vernünftige Klimaschutzstrategie zu entwerfen und nicht übers Ziel hinauszuschliessen.

Roland Müller, Parteichef der Schaffhauser Grünen, spielt den Ball zurück an die Freisinnigen. Zahlreiche Wirtschaftsvertreter hätten im Namen der FDP medienwirksame Stimmung gegen die Vorlage gemacht. Einem Teil der Klimajugend wie-



Heute müssen Treibstoffimporteure einen Teil der CO₂-Emissionen kompensieren, die durch Benzin und Diesel entstehen. Diese Massnahme fällt ab 2022 weg. BILD KEY

derum sei das CO₂-Gesetz nicht weit genug gegangen.

Müller fordert nun, dass die grössten Verursacher von Treibhausgasen zur Kasse gebeten werden. Auch der Finanzplatz Schweiz könne einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, indem etwa Unternehmen mit ökologisch fragwürdigen Projekten nicht mehr unterstützt würden.

Kampagne «nicht emotional genug»

Grund zum Feiern hatte am Sonntag die SVP, die sich gegen die Vorlage gestemmt hatte. Doch Kantonalpräsidentin Andrea Müller klingt am Telefon nicht so, als wollte sie die Kampagnerkorken knallen lassen. Klimaschutz sei durchaus ein wichtiges Thema, sagt Müller – auch in der SVP. Die Vorlage habe aber am falschen Punkt angesetzt. Viele Leute würden sich zwar für grüne Themen interessieren. «Aber wenn es dann ans eigene Portemonnaie geht,

«Das Benzin ist schon vor Monaten teurer geworden, und keinen hats interessiert.»

Urs Wohlgemuth
Präsident FDP Schaffhausen

machen sie einen Rückzieher.» Um Massnahmen zum Klimaschutz durchsetzen zu können, brauche es ein Umdenken in der Bevölkerung, sagt Müller, und die Bereitschaft, etwas zu ändern. Staatliche Vorschriften würden hier wenig bringen.

Auch GLP-Kantonalpräsident Christoph Hak vermutet, dass die Aussicht auf teurere Flugtickets und höhere Benzinpreise für viele Wähler Grund genug war, ein Nein in die Urne zu werfen. «Klimaschutz finden die meisten gut, aber nur, wenn es einen persönlich nichts kostet.» Zudem sei die Ja-Kampagne zu wenig emotional gewesen.

Wegen der Coronapandemie sei das Thema Klimaschutz in den Hintergrund geraten, sagt Hak. Dann sei auch noch der Mai nass und kalt gewesen. «Mit einem heissen und trockenen Mai hätte es vielleicht für die nötigen zwei Prozent Ja-Stimmen mehr gereicht.» Nun müssten Etappenziele wie

die Flugticketabgabe oder die Umrüstung der Heizungen gesetzt werden, um die angestrebte CO₂-Neutralität zu erreichen. «Das ist besser, als viele Massnahmen in einem Paket zu bündeln.»

SP-Parteipräsident Daniel Meyer geht derweil davon aus, dass die CO₂-Vorlage im Kielwasser der beiden Agrarinitiativen untergegangen ist. Diese hätten viele Unterstützer der Bauern mobilisiert und der CO₂-Vorlage geschadet. Massnahmen zum Klimaschutz könnten aber durchaus eine Mehrheit finden, sagt Meyer und verweist auf den knappen Ausgang der Abstimmung. «Dass man etwas machen muss, ist klar. Wir dürfen keine Zeit verlieren.» Bund und Parlament müssten darum schnellstmöglich eine neue Vorlage ausarbeiten. Und zwar eine, die auch die Finanz- und Grossindustrie als grösste CO₂-Verursacherin zur Kasse bitte und nicht nur die Bürgerinnen und Bürger.

Was vom emotionalen Abstimmungskampf bleibt

Zu emotional sei der Abstimmungskampf zu den Agrarinitiativen gewesen, sagen Umweltorganisationen. Enttäuscht sind sie über das deutliche Abstimmungsergebnis schon, sehen aber auch Positives.

Elena Stojkova

Deutlich wurden die Trinkwasser- und die Pestizidinitiative am Sonntag abgelehnt: beide mit über 60 Prozent Nein-Stimmen. Der Schaffhauser Bauernverband ist darüber erleichtert, wie er in einer Stellungnahme schreibt. «Die hiesigen Bauern und Bäuerinnen haben sich bereits in der Vergangenheit für eine nachhaltige Produktion eingesetzt und werden diesen Weg im Dialog mit den Konsumentinnen und Konsumenten weitergehen.»

Vanessa Wirz, Geschäftsführerin von Pro Natura Schaffhausen, ist enttäuscht über die deutlichen Abstimmungsergebnisse zu den Agrar-Initiativen. Eine Ablehnung sei aber fast zu erwarten gewe-

sen. «Die Nein-Kampagne war extrem stark, der Abstimmungskampf wurde sehr emotional, zum Teil gar aggressiv geführt», sagt sie. Die Gegner der Initiativen hätten mit falschen Argumenten Angst geschürt. «Zu Unrecht haben sie bei Annahme der Initiativen den Untergang der Bauern oder sehr teure Lebensmittel prophezeit.»

Die Initiativen seien dringend nötig gewesen, aber schon recht radikal, sagt Wirz. Trotzdem: Die Diskussionen, die der Abstimmungskampf hervorgerufen habe, seien wichtig und nicht umsonst gewesen. «Es ist doch klar geworden, dass der hohe Pestizid-Einsatz und hohe Tierbestände klare Probleme darstellen und dass diese reduziert werden müssen. Die Agrarpolitik müsse nun einen Schritt vorwärts machen. «Es braucht eine Veränderung. Wir müssen unser Wasser und unsere Böden besser schützen.»

Enttäuscht über das Resultat ist auch Marco Stoll, Präsident des Fischereivereins Stein am Rhein. «Aber man muss es positiv sehen: Es wurde viel über die Initiativen diskutiert und die Themen

sind in der breiten Bevölkerung angekommen.» Die Probleme, sagt er, konnten aufgezeigt werden. «Es war wichtig, dass die Bevölkerung diese zur Kenntnis genommen hat.» Er hofft, dass der Diskurs einige dazu gebracht hat, ihr Konsumentenverhalten zu überdenken – bewusster zu Lebensmitteln zu greifen, eher Bio- oder Demeter-Produkte zu kaufen.

Weiter wie bisher sei keine Option

Die Gegner der Initiative seien sehr präsent gewesen, hatten die ländlichen Regionen und die Bauern auf ihrer Seite, während in den Städten eher ein Ja in die Urne gelegt wurde, sagt Stoll. Die Fakten hätten für zweimal Ja gesprochen. «Aber im Abstimmungskampf wurde sehr stark mit Emotionen gearbeitet.»

Trotz doppeltem Nein wolle die Politik nun weitere Schritte in Richtung Pestizidreduktion unternehmen. «Einfach nicht so schnell, wie wir uns das gewünscht hätten.» Er hofft, dass die Diskussionen über das Trinkwasser und Pestizide als Warnschuss fungieren.

«Denn eins ist klar: So können wir nicht ewig weiterwirtschaften.»

Mit dem Ablehnen der Initiativen habe man eine grosse Chance verpasst, die Lebensmittelproduktion nachhaltiger zu gestalten und die Gewässer, deren Artenvielfalt und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, sagt Tobias Herbst, Bereichsleiter Kommunikation bei der Gewässerschutzorganisation Aqua Viva. Auch er sieht aber das Positive: «Dank der Initiativen sind die negativen Auswirkungen von Pestiziden, Kunstdüngern und Medikamentenrückständen in der Öffentlichkeit überhaupt erst richtig zum Thema geworden.» Viele Menschen seien nun sensibilisiert für deren Risiken und Gefahren und erwarten, dass das Wasser besser geschützt werde. Durch den polarisierenden Abstimmungskampf seien die eigentlichen Themen zum Teil aus dem Fokus geraten: «Nämlich, dass es um den Schutz der wichtigsten Lebensgrundlagen geht, und nicht um Schuldzuweisungen gegenüber den Landwirtinnen und Landwirten», so Herbst. Weitermachen wie bisher sei keine

Option. Der Bundesrat und das Parlament haben zugesagt, die Belastung durch Pestizide wirksam zu reduzieren, den Zustand der Biodiversität zu verbessern. Und selbst die Gegner hätten sich für eine bessere Wasserqualität ausgesprochen. «Unsere Aufgabe ist es, die Verantwortlichen an ihre Versprechen zu erinnern und auf eine rasche Umsetzung zu bestehen.»

Simon Furter, Geschäftsführer von WWF Schaffhausen, sagt: «Mit dem grundsätzlichen Ziel-pestizidfrei waren wohl mehr Leute einverstanden als mit dem vorgeschlagenen Weg.» Zu radikal seien die Initiativen vielen gewesen. «Zudem konnten die Landwirtinnen und Landwirte ihre direkte, persönliche Betroffenheit stärker aufzeigen als die Befürworter der Initiativen.» Dass 40 Prozent der Bevölkerung einer pestizidfreien Landwirtschaft zustimmen, verdeutliche den Handlungsbedarf. «Wir müssen nun aber von der emotionalen zu der sachlichen Ebene zurückfinden. Dann können wir alle gemeinsam an einer zukunftsfähigen Ernährungspolitik arbeiten.»